

Wirtschafts- und Sozialstruktur der Schweiz¹

Daniel Oesch, 2021, Universität Lausanne

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung
2. Wirtschaftswachstum in die Breite
3. Starkes Bevölkerungswachstum
4. Die Zunahme der hoch qualifizierten Einwanderung
5. Anhaltende Bildungsexpansion
6. Sektoraler Wandel auf dem Arbeitsmarkt
7. Aufwertung der Berufsstruktur
8. Mässige Lohnungleichheit, hohe Vermögensungleichheit
9. Schlussfolgerungen

Erscheint als Kapitel in:

Papadopoulos, Y., Sciarini, P., Vatter, A., Häusermann, S., Emmenegger, P., & Fossati, F. (eds.) (2022). *Handbuch der Schweizer Politik*, Zürich: NZZ Verlag.

1. Einleitung

Die Schweiz war in den letzten zwei Jahrzehnten vom Wachstum geprägt. Die Wirtschaft expandierte fast ohne Unterbruch, die Beschäftigung nahm in einem Ausmass zu, das als «Jobwunder» bezeichnete wurde (Siegenthaler 2017), das Bildungsniveau stieg und die Bevölkerung wuchs um über einen Fünftel.

Eine treibende Kraft hinter diesem Wachstum waren die Frauen. In den letzten 20 Jahre haben Frauen ihren Bildungsrückstand nicht nur wettgemacht, sondern die Männer überholt. 2020 verfügten wesentlich mehr junge Frauen als junge Männer über einen Hochschulabschluss in der Schweiz. Die Frauen münzten ihre höhere Ausbildung auch in eine höhere Erwerbstätigkeit um. Am Beschäftigungsboom der letzten zwei Jahrzehnte hatten Frauen einen grösseren Anteil als Männern. Aber die Gender-Revolution ist noch immer inkomplett (Esping-Andersen 2008), denn die Schweiz ist weiterhin eine Teilzeitökonomie, in welcher Männer mit Kindern Vollzeit und Frauen mit Kindern Teilzeit arbeiten.

Die zweite treibende Kraft hinter dem Wachstum der Schweiz war die Einwanderung. Im letzten Jahrzehnt erreichte die Migration ein Ausmass wie zuletzt während des Nachkriegsbooms anfangs der 1960er Jahren. Zwischen 2010 und 2018 wanderten jährlich 180'000 Personen ein und 110'000 Personen aus. Die Besonderheit der jüngsten Einwanderungswelle ist jedoch nicht deren Ausmass, sondern deren Qualifikationsstruktur. Seit Beginn des 21. Jahrhunderts zieht die Schweiz vor allem hoch qualifizierte Migrantinnen und Migranten an: Mehr als die Hälfte der jährlich einwandernden Personen verfügt mittlerweile über einen Hochschulabschluss. Die Unterschichtung der schweizerischen Sozialstruktur durch Einwandererinnen und Einwanderer gehört zunehmend der Vergangenheit an.

Das Wachstum der letzten zwei Jahrzehnten ging jedoch vor allem in die Breite. Die Wirtschaft wuchs dank eines starken Bevölkerungsanstieg, der durch eine starke Einwanderung ermöglicht wurde, welche ihrerseits eine Folge der starken Nachfrage der Schweizer Wirtschaft nach ausländischen Arbeitskräften war. Das Pro-Kopf Einkommen stieg folglich nur mässig, und noch schwächer war die Entwicklung der Löhne – trotz steigender Beschäftigung und tiefer Arbeitslosigkeit. Weil zugleich die Kosten für Krankenkasse und Wohnen zunahmen, ist es unsicher, ob ein Grossteil der Bevölkerung die letzten zwei Jahrzehnte als Boom-Periode erlebt hat. Dies gilt insbesondere für die Verlierer des berufsstrukturellen Wandels, nämlich die traditionelle Arbeiterklasse einerseits sowie die untere Mittelklasse der Bürohilfskräfte andererseits. Während sich deren Beschäftigungsaussichten verschlechtert haben, profitierte die obere Mittelklasse vom starken Stellenwachstum im Gesundheits- und Bildungswesen sowie den unternehmensbezogenen Dienstleistungen wie der Beratung und Informatik.

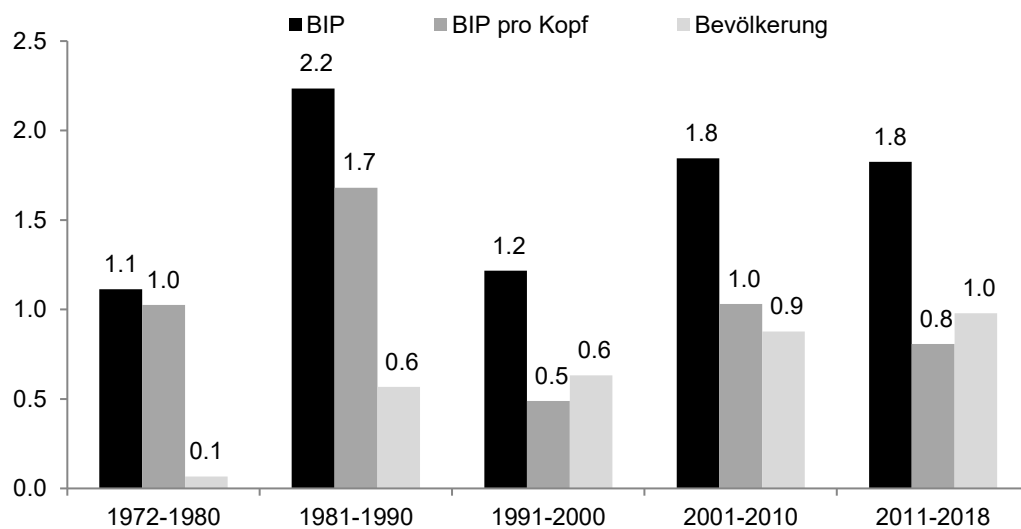
Im Folgenden werden diese Facetten des Wandels in der Wirtschafts- und Sozialstruktur der Schweiz ausgeleuchtet. Die Veränderungen werden mit Datenreihen dokumentiert, die von den frei zugänglichen Internet-Datenbanken des Bundesamtes für Statistik (BFS)² und der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD)³ stammen. Der Einfachheit halber werden diese Quellen mit BFS sowie OECD zitiert. Alle Datensätze sind vom Autor erhältlich.

2. Wirtschaftswachstum in die Breite

Anders als in den meisten europäischen Ländern endete die Hochkonjunktur der Nachkriegsjahrzehnte in der Schweiz erst anfangs der 1990er Jahre. Zwar hatten die beiden Ölpreiskrisen 1973/74 und 1979/80 auch in der Schweiz zu kurzen und tiefen Rezessionen geführt. In den 1980er Jahren herrschte jedoch wieder Vollbeschäftigung und am Ende des Jahrzehnts boomte die Wirtschaft mit Wachstumsraten von drei bis vier Prozent und einer Arbeitslosenquote von unter einem halben Prozent. Umso einschneidender war die lange Rezession der 1990er Jahre. Zwischen 1991 und 1996 stagnierte die Wirtschaft während sechs Jahren in Folge. Dies führte zu einer Arbeitslosenquote von über fünf Prozent in 1997 – dem höchsten Niveau seit den 1930er Jahren –, zu steigenden Fallzahlen in der Sozialhilfe und der Invalidenversicherung, zu defizitären öffentlichen Finanzen und einer jahrelangen Diskussion zur „Wachstumsschwäche“ der Schweiz (Lampart 2006).

Unbemerkt von dieser Diskussion begann in der Schweiz am Ende der 1990er Jahre eine Periode stetigen Wirtschaftswachstums, die nur vom Platzen der IT-Blase 2002/03 sowie der Finanzkrise 2008/09 kurz unterbrochen wurde. Abbildung 1 zeigt, dass das Bruttoinlandprodukt der Schweiz zwischen 2000 und 2018 im Schnitt jährlich um 1.8 Prozent gewachsen ist. Dies bedeutet, dass das BIP der Schweiz 2018 preisbereinigt 50 Prozent höher war als 2000. Die Wachstumsrate von 1.8 Prozent war nicht nur höher als im Schnitt der 1970er und 1990er Jahren, sondern übertrifft auch das jährliche Wachstum, das zwischen 2000 und 2018 in Österreich (1.6%), Deutschland (1.4%), Frankreich (1.4%) oder Italien (0.4%) erzielt wurde.

Abbildung 1: Jährliche Veränderung des BIPs und der Bevölkerung in der Schweiz (in %)

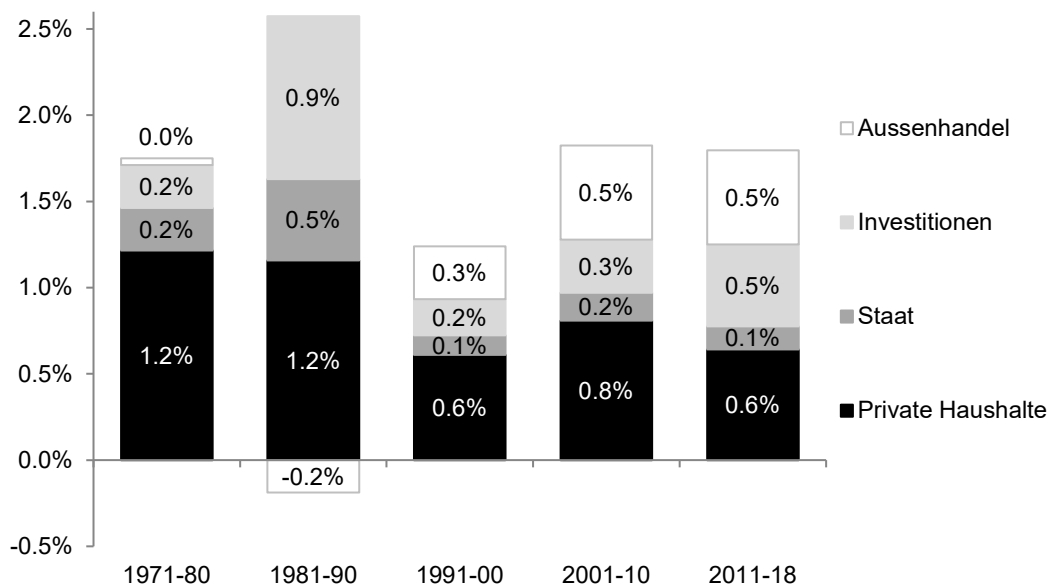


Bemerkung: Zahlen für das BIP sind inflationsbereinigt. Quelle: Bundesamt für Statistik (BFS)

Das schweizerische Wachstum wurde zu einem guten Teil vom Ausland ermöglicht – von zusätzlichen ausländischen Arbeitskräften für die Produktion und zusätzlichen ausländischen Käufern für die Nachfrage. Eine Zerlegung des BIP-Wachstums in die einzelnen Nachfragekomponenten von Privatkonsum, Investitionen, Staatsausgaben und Aussenhandel zeigt denn auch die zunehmende Bedeutung von Exportüberschüssen (siehe Abbildung 2). Exportüberschüsse leisteten in den 1970er und 1980er keinen Beitrag zum Wirtschaftswachstum in der Schweiz – es wurden ebenso viele Waren und Dienstleistungen importiert wie exportiert. Seither wurden Exportüberschüsse in jedem Jahrzehnt wichtiger und der Aussenhandel trug zwischen 2001 und 2018 im Schnitt jährlich 0.5 Prozentpunkte zum Wachstum bei. Dies war möglich, weil die Schweiz in derselben Zeitspanne enorme Überschüsse in der Leistungsbilanz von jährlich zehn Prozent erzielte.⁴

Der Aussenhandel hatte damit fast die gleiche Bedeutung für das BIP-Wachstum wie der Privatkonsum. Die Nachfrage der privaten Haushalte steuerte zwischen 2001 und 2018 jährlich 0.6 bis 0.8 Prozentpunkte zum Wachstum bei – und damit nur halb so viel wie in den 1970er und 1980er Jahren. Eine untergeordnete Rolle spielten die Staatsausgaben. Ähnlich wie in Deutschland hat sich auch in der Schweiz ein neo-merkantilistisches Wachstumsmodell durchgesetzt, das auf Lohnzurückhaltung, Konsummässigung und hohe Exportüberschüsse setzt. Anders als die konsum-gestützten Wachstumsmodelle in Grossbritannien, Schweden oder der USA erhoffte sich die schweizerische Wirtschaftspolitik in den letzten zwei Jahrzehnten Wachstumsimpulse vornehmlich aus dem Ausland (Baccaro und Pontusson 2016).

Abbildung 2: Beitrag der Nachfragekomponenten zum realen BIP-Wachstum in der Schweiz



Quelle: OECD

Die schweizerische Wirtschaft hatte in den letzten zwei Jahrzehnten kein Wachstumsproblem. Das Bruttoinlandprodukt ist jedoch vor allem dank einer starken Ausweitung des Arbeitsvolumens gewachsen. Wie in Deutschland, Frankreich oder Österreich ist in der Schweiz das BIP pro Einwohner seit 2000 jährlich um rund ein Prozent gewachsen (OECD).

Bei konstanter Arbeitszeit pro Kopf entspricht das BIP pro Kopf der Arbeitsproduktivität.⁵ Mit einem jährlichen Anstieg von einem Prozent waren diese Produktivitätsfortschritte zwischen 2000 und 2018 langsamer, als es Medienberichte über die „rasante Digitalisierung“ erwarten liessen. Eine jährliche Erhöhung des BIP pro Kopf und der Arbeitsproduktivität um ein Prozent erscheint auf den ersten Blick bescheiden. Dabei ist jedoch der Vergleich mit dem spektakulären Aufholwachstum der Wirtschaftswunderjahre zwischen 1948 und 1973 irreführend. Produktivitätsfortschritte von jährlich 3 bis 4 Prozent wurden in Westeuropa weder vorher noch nachher über längere Zeit erreicht (Inklaar et al. 2018). Zudem bedeutet auch ein Pro-Kopf Wachstum von jährlich einem Prozent, dass sich im Laufe von 30 Jahren die verfügbare Wirtschaftsleistung pro Einwohner um einen Drittel erhöht. Einer nachrückenden Generation stehen damit über ein Drittel mehr Güter und Dienstleistungen zur Verfügung als der vorherigen Generation.

3. Starkes Bevölkerungswachstum

Das robuste Wirtschaftswachstum seit der Jahrtausendwende hängt eng mit dem starken Bevölkerungsanstieg zusammen. Zwischen 2000 und 2019 ist die Wohnbevölkerung in der Schweiz um 20 Prozent auf 8.57 Millionen gestiegen. Insbesondere zwei geographische Pole waren für dieses Wachstum verantwortlich: die Agglomeration Zürich (mit den Kantonen Zürich, Aargau, Zug und Schwyz) sowie die Genfersee Region (mit den Kantonen Waadt, Genf, Freiburg und Wallis). Unter dem Durchschnitt war die Bevölkerungszunahme im Jurabogen (Jura, Neuenburg), den meisten Bergkantonen (Graubünden, Uri, Appenzell, Glarus) sowie dem Kanton Bern.

Die uneinheitliche demographische Entwicklung widerspiegelt die geographischen Unterschiede in der wirtschaftlichen Dynamik. In den letzten zwei Jahrzehnten haben insbesondere die beiden Wachstumspole um Zürich sowie Genf-Lausanne viele in- und ausländische Arbeitskräfte angezogen. Der Motor des Bevölkerungswachstums war folglich die starke Arbeitsnachfrage der Unternehmen, die angesichts des ausgetrockneten Schweizer Arbeitsmarkts zunehmend im Ausland rekrutierten.

Das starke Bevölkerungswachstum der Schweiz sticht auch im europäischen Vergleich heraus. Beispielsweise Österreich zählte 1980 noch 20 Prozent mehr Einwohnerinnen und Einwohner als die Schweiz (und 1950 gar 50% mehr). Heute haben jedoch die beiden Länder ähnliche Einwohnerzahlen. Der Unterschied hat sich auch gegenüber Ländern wie Portugal, Schweden oder Ungarn stark verringert.

Während das Bevölkerungswachstum in der Schweiz bis Ende der 1970er Jahre stärker vom Geburtenüberschuss (Geburten minus Todesfälle) als dem Migrationssaldo (Einwanderung minus Auswanderung) beeinflusst wurde, übersteigt der Migrationssaldo seit 2000 den Geburtenüberschuss deutlich (Fux 2007; Bundesamt für Statistik 2019). Dabei hat sich die Geburtenziffer in der Schweiz in letzten vier Jahrzehnten fast nicht verändert. Seit dem abrupten Rückgang Mitte der 1970er Jahre liegt die Anzahl Kinder pro Frau stabil bei 1.5. Einzig das Durchschnittsalter der Mütter bei der Geburt von Kindern ist angestiegen: von 28 Jahren 1980 auf 32 Jahre 2018 (Bundesamt für Statistik 2018). Der hauptsächliche Treiber des Bevölkerungswachstums war folglich die starke Einwanderung.

4. Die Zunahme der hoch qualifizierten Einwanderung

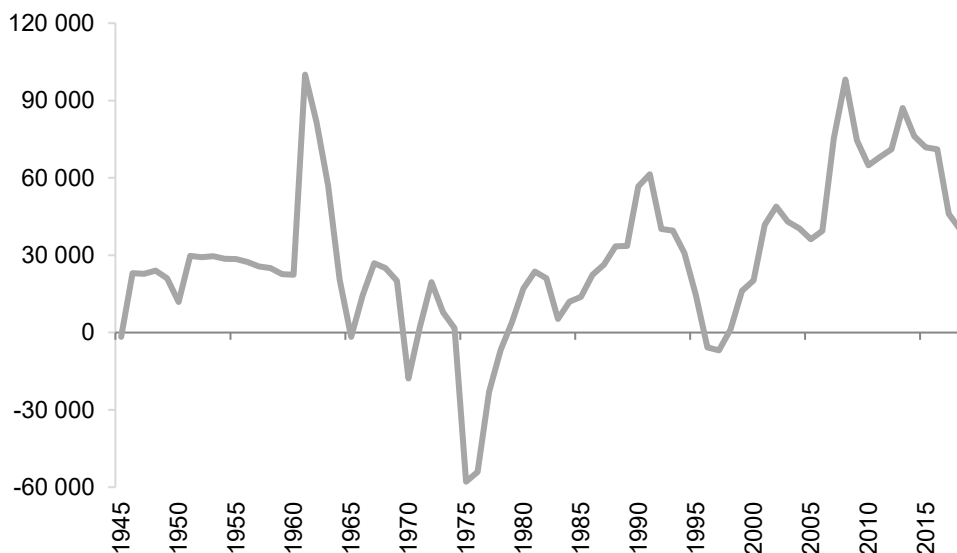
Die Schweiz ist seit Ende des 19. Jahrhunderts ein Einwanderungsland. Seit 1890 war der Wanderungssaldo mit Ausnahme der Kriegsjahrzehnte 1914-1945 sowie der ersten Ölpreiskrise 1974-78 fast durchwegs positiv. Abbildung 3 zeigt für die Zeit ab 1945, dass die Zahl der

Einwanderungen jene der Auswanderungen teils deutlich überstieg. Dies war insbesondere der Fall während des Nachkriegsbooms in den 1960er Jahren mit einem positiven Wanderungssaldo von 100'000 und 80'000 Personen 1961 und 1962.

Nach den Einbrüchen in den Krisenjahrzehnten der 1970er und 1990er Jahre ist die Einwanderung zu Beginn des 21. Jahrhunderts wieder stark angewachsen. Sie erreichte in den Spitzenjahren von 2007 bis 2009 sowie 2012 bis 2016 ähnlich hohe Wanderungssaldi wie in den 1960er Jahren mit jährlich 70'000 bis 80'000 Personen. Hinter diesen Saldi verbergen sich grosse Wanderungsbewegungen: Im Schnitt wanderten zwischen 2010 und 2018 jährlich 180'000 Personen ein und 110'000 Personen aus.

Diese starke Einwanderung erklärt sich vor allem mit der guten Konjunktur auf dem schweizerischen Arbeitsmarkt seit 2000. Zude hängt sie wohl auch mit dem 2002 in Kraft getretenen Personenfreizügigkeitsabkommen zwischen der Schweiz und EU zusammen, welches EU-Bürgerinnen und Bürgern den diskriminierungsfreien Zugang zum schweizerischen Arbeitsmarkt ermöglicht. Der Grossteil der Zuwanderung geht denn auch aufs Konto von EU-Bürgerinnen und Bürgern, die zwischen 2012 und 2016 für drei Viertel des Wanderungssaldos verantwortlich waren (Babel 2019: 20).

Abbildung 3: Wanderungssaldo (Einwanderung minus Auswanderung) der Schweiz, 1945-2018, Anzahl Personen



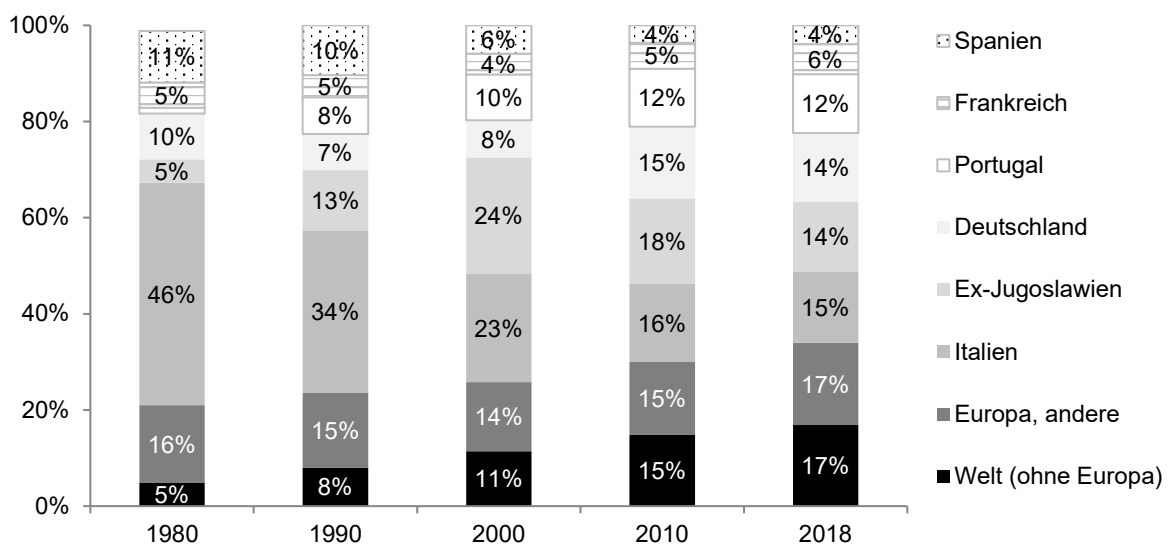
Quelle: BFS

In der Folge der verschiedenen Einwanderungswellen ist der Ausländeranteil in der Schweiz stetig gestiegen. Der Ausländeranteil übertraf 1994 erstmals 20 Prozent und liegt im Jahr 2018 bei 25 Prozent. Auch in absoluten Zahlen hat sich die ausländische Wohnbevölkerung

vergrössert, von 1.4 Millionen 2000 auf 2.1 Millionen 2018. Ein wachsender Ausländeranteil lässt sich nicht nur in der Schweiz, sondern auch in den meisten anderen westeuropäischen Ländern beobachten. 2019 liegt der Ausländeranteil in Österreich (16%) und Deutschland (12%) bei über zehn Prozent, bei 9 Prozent in Italien und 7 Prozent in Frankreich (Eurostat).

In den letzten Jahrzehnten hat sich die Einwanderung in die Schweiz stark diversifiziert. 1980 stammte fast die Hälfte aller in der Schweiz lebenden Ausländer aus Italien und mit 11 Prozent waren die Spanier die zweitgrösste Ausländergruppe (siehe Abbildung 4). Vier Jahrzehnte später waren Italiener zwar immer noch die grösste Einwanderergruppe, aber mit 15 Prozent aller Ausländer ist ihr Anteil wesentlich kleiner und hebt sich kaum ab von den fast ebenso zahlreichen Staatsangehörigen aus Deutschland (14%) und Portugal (12%). Letztere zwei Gruppen sind ebenso wie französische Staatsangehörige seit Beginn des freien Personenverkehrs 2002 vermehrt eingewandert. Europäische Bürger stellen zwar weiterhin die Grossmehrheit aller Ausländer in der Schweiz, das Gewicht der aussereuropäischen Einwanderung hat jedoch seit 1980 zugenommen – in relativen und absoluten Zahlen. Die Schweiz hat sich nicht nur in ihren Wirtschaftsbeziehungen, sondern auch in der Herkunft ihrer Bevölkerung globalisiert.

Abbildung 4: Ausländische Wohnbevölkerung in der Schweiz nach Nationalität



Quelle: BFS

Die Einwanderung in die Schweiz wird stark von den Bedürfnissen der Wirtschaft gesteuert. So kommt die grosse Mehrheit der Einwanderer aus beruflichen Gründen in die Schweiz. Bei Personen mit einer Hochschulausbildung, die in den letzten Jahren eingewandert sind, besass mehr als die Hälfte bereits vor der Einreise einen Arbeitsvertrag oder ein Arbeitsangebot aus

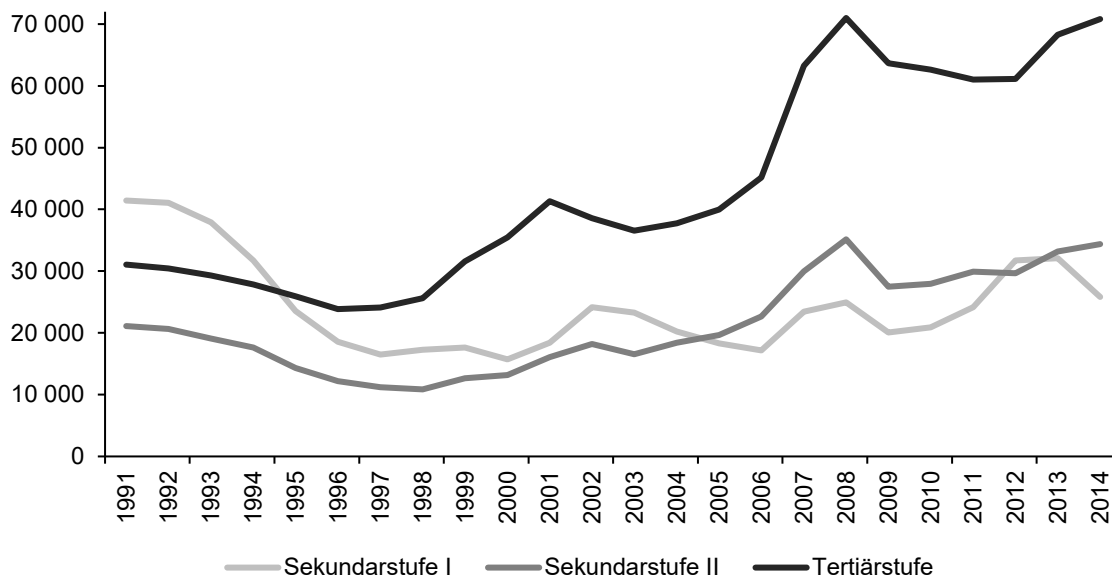
der Schweiz (Wanner und Steiner 2018: 9). Der zweitwichtigste Grund sind Familiennachzug. Weitere Gründe wie Ausbildung oder Asylbeantragung spielen quantitativ eine untergeordnete Rolle (Bundesamt für Statistik 2017).

In der Hochkonjunktur der Nachkriegsjahrzehnte rekrutierten die Schweizer Arbeitgeber im Ausland vor allem gering qualifizierte Arbeitskräfte für die Industrie und den Bau, das Gastgewerbe und die Landwirtschaft. Die Folge war eine „Unterschichtung“ (Hoffmann-Nowotny 1973) der schweizerischen Sozialstruktur mit ausländischen Erwerbspersonen, denen die Arbeitsplätze am unteren Ende der Berufsstruktur zugewiesen wurden (Flückiger 1998, Wanner und Steiner 2018). Dieses Modell war umso effektiver, als dass die Aufenthaltsbewilligung vieler ausländischer Arbeitskräfte – der Jahresaufenthalter und Saisonarbeiter – an eine Stelle gebunden war. Nur Ausländerinnen und Ausländer mit Niederlassungsbewilligung (C-Ausweis) konnten frei ihre Stelle wechseln. Waren ausländische Personen mit einer Niederlassungsbewilligung bis zur Ölpreiskrise eine kleine Minderheit (22% im Jahr 1970), liegt ihr Anteil seit Mitte der 1990er bei etwa zwei Drittel der ausländischen Wohnbevölkerung (BFS).

Seit der Jahrtausendwende dominiert in der Schweiz die hoch qualifizierte Zuwanderung. Abbildung 5 zeigt, dass Personen mit Tertiärausbildung – in der Regel einem Hochschulabschluss – bei den jährlich neu einwandernden Personen seit Ende der 1990er Jahre die Mehrheit stellen (sie wandern aber auch häufiger wieder aus als weniger qualifizierte Einwanderer). Die Anzahl von Einwanderern mit geringer und mittlerer Qualifikation hat sich in den letzten 25 Jahren wenig verändert. Daher ist die starke Zunahme der Einwanderung fast ausschliesslich auf die Gruppe der Hochqualifizierten zurückzuführen. In den 2010er Jahren bestand der Wanderungssaldo für die 25- bis 64-Jährigen zur rund der Hälfte aus Personen mit Tertiärabschluss (Babel 2019: 22).

Für die Periode zwischen 2012 und 2015 mit sehr hoher Einwanderung bedeutet dies, dass die Schweiz jährlich 32'500 Personen mit Hochschulausbildung aus dem Ausland importierte (Babel 2019: 22). Das Ausmass der hochqualifizierten Zuwanderung wird deutlich, wenn man sie mit den inländischen Hochschulabschlüssen vergleicht: 2018 hatten 32'800 Personen einen Erstabschluss an einer Universität, Fachhochschule oder pädagogischen Hochschule der Schweiz (Bachelor, Lizentiat, PH-Diplom) erreicht. In einigen Bildungsbereichen wandern jedes Jahr sogar mehr Personen mit Tertiärabschlüssen ein, als dass im Inland jährlich ausgebildet werden, insbesondere in der Informatik, Medizin, Ingenieurwissenschaften sowie einigen Naturwissenschaften (Babel 2019: 23-4).

Abbildung 5: Entwicklung der jährlich einwandernden Bevölkerung (im Alter von 20-64) in der Schweiz, nach Bildungsniveau



Quelle: Grafik übernommen von Wanner und Steiner (2018: 6), basierend auf Strukturhebung und STATPOP.

5. Anhaltende Bildungsexpansion

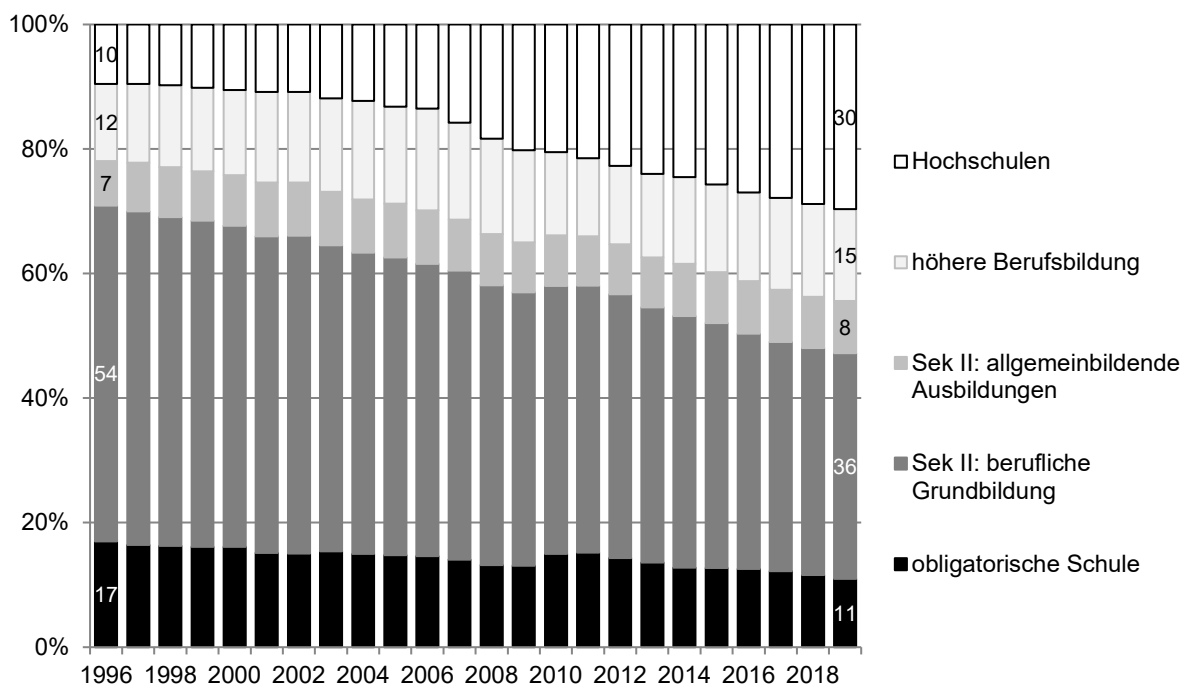
Das Bildungsniveau hat sich nicht nur in den jüngsten Einwanderungswellen erhöht. Auch die inländische Bevölkerung profitierte in den letzten Jahrzehnten weiter von der Bildungsexpansion. Abbildung 6 zeigt, dass sich zwischen 1996 und 2019 der Anteil der 25 bis 64-Jährigen mit einem Hochschulabschluss in der Schweiz verdreifacht hat und von zehn auf dreissig Prozent angewachsen ist. Zählt man zusätzlich die höhere Berufsbildung dazu (wie es in der Schweiz, aber nicht in Deutschland üblich ist), verfügten 2019 45 Prozent über einen Tertiärabschluss. Und die Bildungsexpansion ist noch immer in vollem Gange: Ende der 2020er Jahren werden voraussichtlich mehr als die Hälfte der Erwachsenen in der Schweiz über einen Abschluss einer universitären Hochschule, Fachhochschule oder höheren Berufsbildung verfügen (Babel 2019: 43).

Erstaunlicherweise hat der wachsende Anteil der Personen mit Tertiärausbildung nur zu einer schwachen Abnahme des Anteils der Personen ohne überobligatorische Schulbildung geführt. Trotz Anstrengungen der Kantone stagniert dieser Anteil bei über zehn Prozent. Das Wachstum der Tertiärabschlüsse geht vielmehr auf Kosten der beruflichen Grundbildung – zumindest auf den ersten Blick. Verfügten 1996 noch 54 Prozent der 25 bis 64-Jährigen über eine Berufslehre als höchsten Abschluss, war dies 2019 nur noch der Fall für 36 Prozent. Auf den zweiten Blick zeigt sich jedoch, dass in derselben Zeitspanne fast unverändert zwei Drittel jeder Kohorte von Jugendlichen nach der obligatorischen Schule eine berufliche Grundbildung

wählten (Babel 2019: 13). Die Berufslehre hat folglich als Erstausbildung nur geringfügig an Bedeutung eingebüsst. Verändert hat sich, dass sie für einen wachsenden Teil der Jugendlichen bloss einen ersten Zwischenschritt hin zu einer tertiären Ausbildung darstellt – unter anderem dank des starken Ausbaus von Berufsmaturität und Fachhochschulen.

Die Schweiz bleibt daher eine Vorzeigebispiel für ein kollektives System der Kompetenzbildung (Busemeyer und Trampusch 2012). In keinem anderen Land der OECD absolviert ein so hoher Anteil der Jugendlichen eine berufliche Grundbildung. Dabei findet die Berufsausbildung stärker noch als in Dänemark, Deutschland, den Niederlanden oder Österreich dual (d. h. in Betrieb und Schule) statt, wird weiterhin unter engem Einbezug der Arbeitgeberverbände entwickelt und führt zu national anerkannten Diplomen.

Abbildung 6: Höchste abgeschlossene Bildung der Bevölkerung im Alter von 25-64 Jahren (in %), 1996-2019

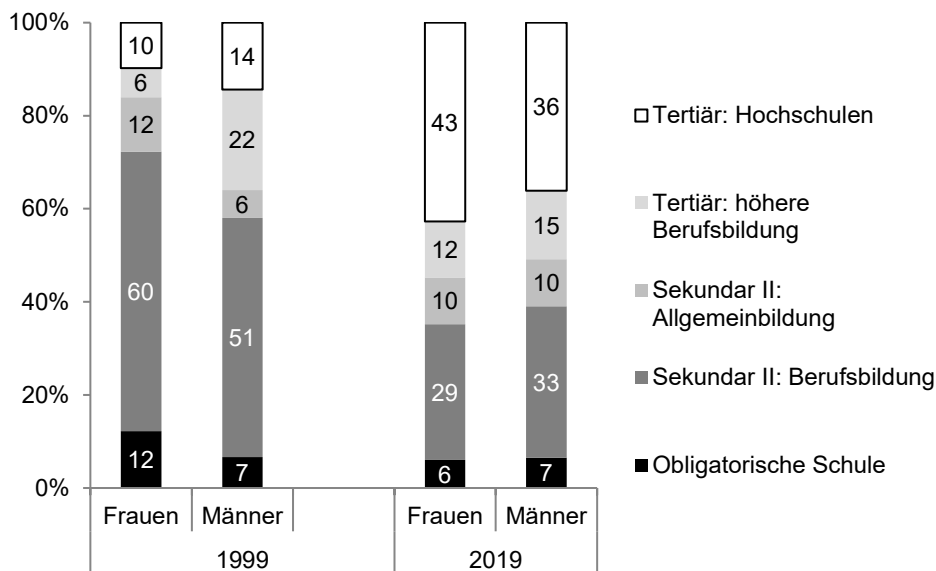


Quelle: BFS (SAKE)

Die Bildungsexpansion der letzten Jahrzehnte wurde vor allem von den Frauen vorangetrieben. Dies zeigt der Vergleich zweier junger Kohorten (25-34 Jahre) zwischen 1999 und 2019 (siehe Abbildung 7). 1999 verfügten junge Frauen häufiger als junge Männer nur über die obligatorische Schulbildung oder eine Berufslehre, während junge Männer häufiger eine Hochschule absolviert hatten. 20 Jahre später haben junge Frauen den Bildungsrückstand nicht nur wettgemacht, sondern die Männer überholt. 2019 verfügten 43 Prozent der jungen Frauen,

aber nur 36 Prozent der jungen Männer über einen Hochschulabschluss. Folglich ging auch der Anstieg in der gymnasialen Maturitätsquote fast ausschliesslich aufs Konto der Frauen. Zwischen 1995 und 2017 stieg diese bei den weiblichen Kohorten von 17 auf 25 Prozent, während sie bei den männlichen Kohorten bei 17 Prozent verharrte.

Abbildung 7: Höchste abgeschlossene Ausbildung der Wohnbevölkerung im Alter von 25-34



Quelle: BFS (SAKE)

Trotz der starken Bildungsexpansion hat sich in der Schweiz eine Tertiärisierungslücke geöffnet (Meyer 2018; Kriesi und Leemann 2020). Die Qualifikationsstruktur der jüngsten Einwanderungswelle deutet darauf hin, dass Schweizer Unternehmen wesentlich mehr Arbeitskräfte mit Tertiärabschluss nachfragen, als dass im Inland ausgebildet werden. So herrscht in den meisten Berufen, die eine Tertiärausbildung erfordern, ein Fachkräftemangel. Zugleich stagniert die Arbeitsnachfrage in vielen Berufsfeldern, die eine Lehre verlangen: Beispielhaft dafür stehen die zwei am meisten gewählten Berufslehren in der Schweiz, jene für kaufmännische Angestellte sowie jene für Detailhandelsangestellte (SECO 2016; SBFI 2017; Babel 2019).

Mit einer Matura im Allgemeinen und einem Hochschuldiplom im Besonderen eröffneten sich in der Schweiz in den letzten Jahrzehnten glänzende Lohn- und Beschäftigungsaussichten (Korber und Oesch 2019). Jugendliche und ihre Familien nehmen diese Arbeitsmarktsignale wahr. Folglich wird die Schule zu einer neuen Front im Verteilungskampf, der sich insbesondere im Zugang zu den Gymnasien abspielt. Mit gymnasialen Maturitätsquoten von 15 bis 20 Prozent setzen die Deutschschweizer Kantone (mit Ausnahme Basels) einen engen Numerus Clausus

für den direkten Weg an die Universitäten. Eine erste Folge davon ist, dass viele Jugendliche erfolglos versuchen, eine Hochschulbildung zu erlangen, während viele Arbeitgeber erfolglos versuchen, inländisches Personal mit Hochschulbildung zu finden.

Eine zweite Folge ist, dass die soziale Herkunft entscheidend beeinflusst, wer in der Schweiz einen Universitätsabschluss erlangt (Becker und Schoch 2018). Jugendliche, die mit 16 Jahren dieselben Schulnoten und PISA-Testwerte erzielen, verfügen im Alter von 30 Jahren zweimal häufiger über einen Uniabschluss, wenn ihre Eltern der oberen Mittelklasse statt der Arbeiterklasse angehören (Combet und Oesch 2020). Die Schweiz gehört folglich zu den europäischen Ländern, in welchen der Einfluss der elterlichen Ressourcen auf Bildungswege und -abschlüsse besonders stark ist (Pfeffer 2008). Der schwierige Zugang zu den Schweizer Hochschulen ist sozial und wirtschaftlich suboptimal: Er hält viele Kinder aus einfachen Verhältnissen von einem Studium ab und zwingt zugleich viele Unternehmen, tertiärgebildete Arbeitskräfte im Ausland zu rekrutieren (Kriesi und Leemann 2020).

6. Sektoraler Wandel auf dem Arbeitsmarkt

In den letzten 20 Jahren sind in der Schweiz nicht nur Wirtschaft, Bevölkerung und Bildungsniveau gewachsen, sondern auch der Arbeitsmarkt hat einen Boom erlebt. Nach dem Krisenjahrzehnt der 1990er Jahre, in welcher die Beschäftigung stagnierte, begann mit der Jahrtausendwende ein massives Stellenwachstum. Zwischen 2000 und 2019 erhöhte sich die Beschäftigung in der Schweiz um ein Viertel, von 4.1 auf 5.1 Millionen Arbeitskräfte.

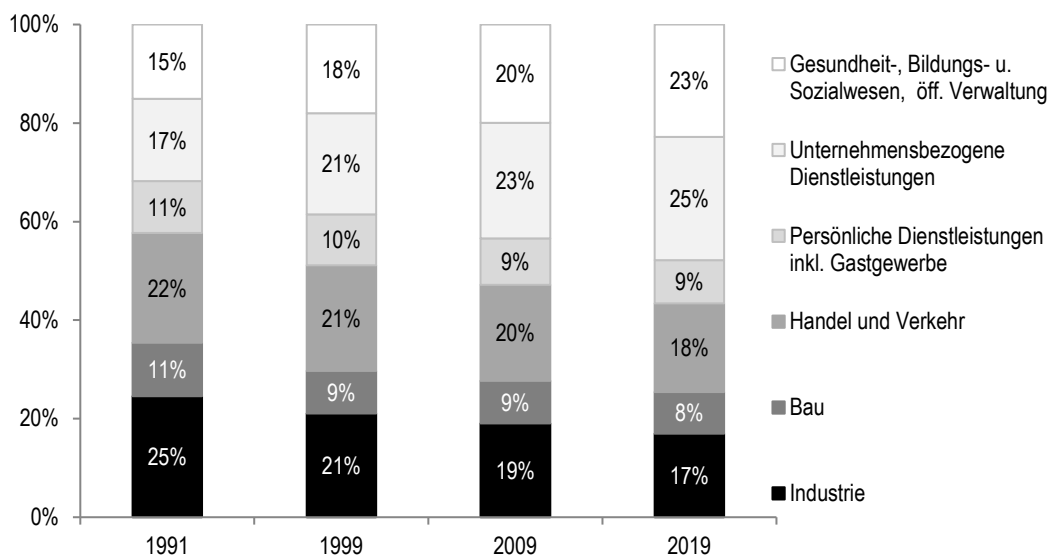
Eine Unterscheidung nach Sektoren macht den Strukturwandel deutlich. Vor allem zwei Bereiche waren für den Beschäftigungsboom verantwortlich. Erstens stiegen im Gesundheits-, Bildungs- und Sozialwesen sowie der öffentlichen Verwaltung die Stellen zwischen 2000 und 2019 um mehr als 50 Prozent (in Vollzeitäquivalenten). Zweitens wuchsen sie in den unternehmensbezogenen Dienstleistungen – einschliesslich des Finanzsektors, der Kommunikation, Informatik, Beratung und Forschung – um mehr als 40 Prozent.

Demgegenüber stagnierte die Beschäftigung in Handel und Verkehr, den persönlichen Dienstleistungen sowie der Industrie. Entgegen einer verbreiteten Annahme gab es in der Schweiz in den letzten 20 Jahren weder ein starkes Wachstum in den wenig qualifizierten persönlichen Dienstleistungsjobs noch einen Einbruch in der Industriebeschäftigung. Im Gegenteil: Nach der Desindustrialisierungswelle in den 1990er Jahren kam es anfangs der 2000er Jahre zu einer kleinen Reindustrialisierung, die ein erstes Mal von der Finanzkrise 2009 und ein zweites Mal von der Aufwertung des Frankens 2015 gebremst wurde. Zugleich fand

innerhalb der Industrie ein Umbruch statt. Während die Pharma- und Uhrenindustrie Arbeitsplätze schufen, gingen in der Druck-, Metall- und Maschinenindustrie Stellen verloren.

In einem wachsenden Arbeitsmarkt bedeuten stabile Beschäftigungszahlen für einen Sektor, dass der Anteil an der Gesamtbeschäftigung abnimmt. Abbildung 8 zeigt so, dass der Anteil der Industrie von 25 Prozent der Beschäftigung in 1991 auf 17 Prozent in 2019 geschrumpft ist. Ebenso nahm der Anteil von Handel und Verkehr (von 22 auf 18%) sowie jener der persönlichen Dienstleistungen ab (von 11 auf 9%). Fast konstant blieb der Beschäftigungsanteil des Baugewerbes. Seit Ende der Immobilienkrise der 1990er Jahre beschäftigt dieser Sektor 8 bis 9 Prozent aller Arbeitskräfte. Stark gewachsen ist der Anteil der Beschäftigten im Gesundheits- und Bildungswesen sowie den unternehmensbezogenen Dienstleistungen, insbesondere in der Unternehmensberatung und Informatik.

Abbildung 8: Anteil verschiedener Sektoren an der Gesamtbeschäftigung, 1991-2019



Quelle: BFS (BESTA); in Vollzeitäquivalenten

In den letzten Jahrzehnten holten die Frauen nicht nur im Bildungsbereich auf, sondern spielten auch beim Beschäftigungsboom eine entscheidende Rolle. So stieg zwischen 2000 und 2019 die Zahl der weiblichen Beschäftigten in der Schweiz um 600'000, gegenüber 420'000 bei den Männern. Während die Erwerbstätigkeitsquote der Männer in den 1990er Jahren fiel und seit anfangs der 2000er Jahre bei 85 Prozent verharrt, hat sich der Anteil der erwerbstätigen Frauen zwischen 1991 und 2019 um zehn Prozentpunkte erhöht, von 66 auf 76 Prozent (Altersgruppe 15-64 Jahre, BFS).

Bei den kinderlosen Frauen waren bereits in den 1990er Jahren über 70 Prozent erwerbstätig. Folglich ging die erhöhte Erwerbstätigkeit fast ausschliesslich aufs Konto von Müttern, die sich – anders als in den älteren Kohorten – nach der Geburt von Kindern nurmehr selten aus dem Arbeitsmarkt zurückziehen. Der Anteil der erwerbstätigen Müttern von Kindern im Vorschulalter hat sich zwischen 1990 und 2019 von 50 auf 75 Prozenterhöht (BFS; Giudici und Schumacher 2017).

Die Geschlechterunterschiede auf dem Arbeitsmarkt sind jedoch nicht verschwunden, denn das Wachstum der weiblichen Erwerbstätigkeit fand schwergewichtig in Teilzeitstellen statt. Arbeiteten 1991 50 Prozent der Frauen Teilzeit, waren es 2019 60 Prozent. Demgegenüber arbeitet die grosse Mehrheit der Männer weiterhin Vollzeit (trotz einer schwachen Zunahme der männlichen Teilzeitarbeit von 8 auf 18 Prozent zwischen 1991 und 2019). In der Schweiz hat sich dadurch das Modell von Eineinhalb Jobs pro Haushalt verfestigt: Väter gehen Vollzeit einer bezahlten Arbeit nach, Mütter Halbzeit und übernehmen dafür den Grossteil der Hausarbeit. Die Schweiz ist damit die zweite Teilzeit-Ökonomie der Welt, nach den Niederlanden (wo 74% der Frauen Teilzeit arbeiten), aber noch vor Deutschland und Österreich (mit je 47% weiblicher Teilzeitarbeit) (OECD).

Trotz der Zunahme von Teilzeitarbeit bleibt der Beschäftigungsboom der Schweiz auch dann beeindruckend, wenn man statt der Entwicklung der Erwerbstätigen jene des Arbeitsvolumens betrachtet. Zwischen 1960 und 2005 veränderte sich das Volumen der bezahlten Arbeit in der Schweiz kaum (ausser einem Knick Mitte der 1970er bis Mitte der 1980er Jahre). Eine grössere Anzahl Beschäftigter arbeitete im Schnitt weniger Stunden pro Jahr. Seit 2005 hat das Arbeitsvolumen jedoch stark zugenommen und ist bis 2015 um rund 20 Prozent gewachsen – und damit so stark wie im Nachkriegsboom der 1950er und frühen 1960er Jahre (Siegenthaler 2017). Damit erlebte die Schweiz seit der Jahrtausendwende ein „Jobwunder, das selbst jenes in Deutschland in den Schatten stellt“ (Siegenthaler 2017: 8).

Diese Befunde laufen der Diskussion zum Ende der Arbeit diametral entgegen. Während in den Medien farbige Szenarien der technologischen Arbeitslosigkeit diskutiert werden, arbeiten in der Schweiz so viele Leute wie nie zuvor – vor Computern, neben Robotern und mit Automaten. Wie in früheren Phasen des technologischen Umbruchs hat das Volumen der Arbeit auch in der laufenden Innovationswelle zugenommen – in der Schweiz ebenso wie in anderen westlichen Ländern.

7. Aufwertung der Berufsstruktur

Von besonderem Interesse ist, wie sich der Wandel in Beschäftigung und Bildung auf die soziale Schichtung ausgewirkt hat. Eine These behauptet, dass der technologische Wandel zu einer zunehmenden Polarisierung der Berufsstruktur führe. Neue Arbeitsplätze würden an den Rändern des Arbeitsmarkts geschaffen, während die Beschäftigung in mittleren Berufen abnehme. Untersuchungen für die USA und Grossbritannien zeigen, dass das Beschäftigungswachstum am stärksten in Berufen mit hohen Löhnen und am schwächsten in Berufen mit mittleren Löhnen war (Goos and Manning 2007; Autor und Dorn 2013).

Die Entwicklungen auf den zwei angelsächsischen Arbeitsmärkten lassen sich jedoch nur schlecht auf Westeuropa übertragen. Die Polarisierung in den USA und Grossbritannien hängt eng zusammen mit Bildungssystem (schwaches Angebot auf der mittleren Qualifikationsstufe), Lohnsetzungsinstitutionen (tiefe gesetzliche Mindestlöhne und wenige Gesamtarbeitsverträge) und Migrationspolitik (polarisierte Einwanderung von niedrig und hoch Qualifizierten) (Oesch 2013). Empirische Untersuchungen widerlegen denn auch die Polarisierungsthese für die Schweiz. Mit Ausnahme der 1980er Jahre hat sich die Berufsstruktur der Schweiz seit 1970 stetig aufgewertet. Einzig während des Bau- und Konsumbooms der 1980er Jahre nahm die Beschäftigung nicht nur in hoch bezahlten, sondern auch in den niedrig entlohnten Berufen stark zu. In den zwei folgenden Jahrzehnten wurden hingegen nirgends so wenige Stellen geschaffen wie in den niedrig bezahlten Berufsgruppen (Oesch and Murphy 2017).

In Tabelle 1 zeichnen wir die Veränderung der Berufsstruktur zwischen 1991 und 2019 nach. Sie zeigt, dass die Aufwertung der Berufsstruktur vom starken Wachstum der lohnabhängigen Mittelklasse getrieben wurde. Diese besteht aus drei Berufsgruppen: (i) Managern und Projektmitarbeiterinnen, deren Anteil an der Gesamtbeschäftigung um 4 Prozentpunkte wuchs; (ii) soziokulturellen Experten wie Lehrerinnen, Sozialarbeitern oder Physiotherapeutinnen, deren Anteil um 3 Prozentpunkte zunahm; (iii) technischen Experten wie Ingenieuren, Informatikerinnen oder Architekten, deren Anteil um 3 Prozentpunkte stieg.

Im Gegensatz dazu hat sich der Beschäftigungsanteil zweier Klassen verringert: jener von Produktions- und Bauarbeitern um 7 Prozentpunkte und jener von Bürohilfskräften um 3.5 Prozentpunkte. Bei diesen schrumpfenden Berufsgruppen handelt es sich nicht um den Kern der Mittelschicht, sondern um die traditionelle Arbeiterklasse einerseits sowie die untere Mittelklasse andererseits.

Stabil blieb der Beschäftigungsanteil der Selbstständigen und schwach war das Wachstum bei den Arbeiterinnen in persönlichen Dienstleistungen mit einem Prozentpunkt. Dieses Wachstum in einfachen Dienstleistungsstellen war zu schwach, um den Abbau in einfachen

Stellen der Landwirtschaft, Industrie und des Back-Office zu kompensieren. Wie andere westeuropäische Länder war auch die Schweiz am erfolgreichsten bei der Automatisierung und Auslagerung von gering qualifizierten Berufen: von Landarbeiterinnen und Anlagebedienern, Datenerfassern und Verkäuferinnen. Neue Arbeitsplätze wurden vor allem in hoch qualifizierten Dienstleistungsberufen geschaffen: bei Programmieren, Ärztinnen und Beratern. Die Folge ist, dass sich die Beschäftigungsstruktur in der Schweiz ebenso wie in Deutschland, Spanien oder Schweden aufgewertet hat (Oesch und Piccitto 2019).

Tabelle 1: Anteil von Berufsklassen an der Gesamtbeschäftigung, 1991/2 und 2018/9

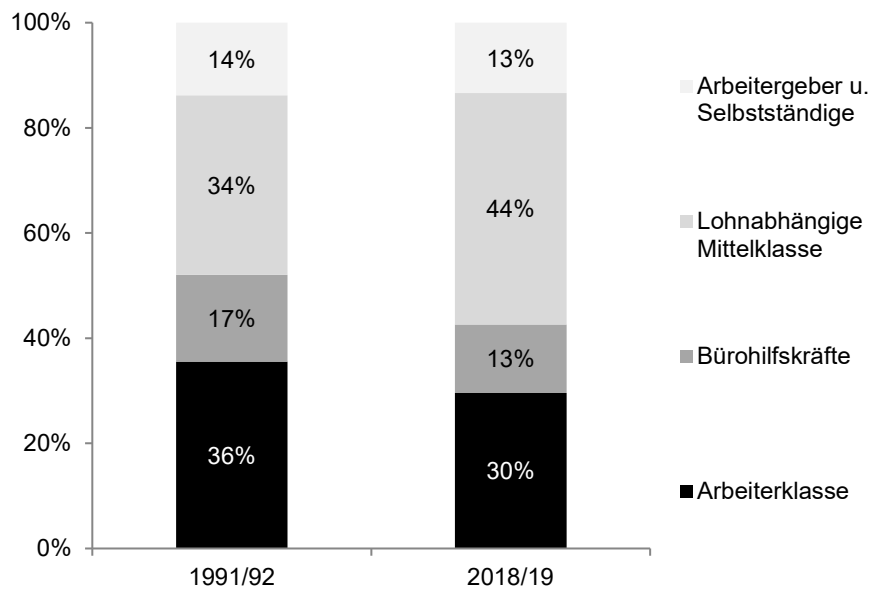
	<i>Interpersonelle Arbeitslogik</i>	<i>Technische Arbeitslogik</i>	<i>Administrative Arbeitslogik</i>	<i>Selbstständige Arbeitslogik</i>	
	Soziokulturelle Experten	Technische Experten	Manager u. Projekt- mitarbeitende	Freie Berufe u. Arbeit- geber (>9 Mitarbeiter)	Tertiär Anforderungsniveau der Berufe
	Lehrerinnen Sozialarbeiter	Ingenieure Informatikerinnen	Kader Beraterinnen	Anwältinnen Unternehmer	
% 1991/92	10.3%	10.9%	13.0%	3.4%	
% 2018/19	13.5%	13.7%	16.8%	4.0%	
Veränderung	+3.2	+2.8	+3.8	+0.6	
	Dienstleistungs- angestellte	Produktions- arbeiter	Bürohilfskräfte	Kleingewerbler	Sekundär Anforderungsniveau der Berufe
	Hilfspflegerinnen Verkäuferinnen	Mechaniker Maschinistinnen	Sekretärinnen Kassierer	Wirte Bauern	
% 1991/92	12.8%	22.8%	16.5%	10.4%	
% 2018/19	14.1%	15.5%	13.0%	9.4%	
Veränderung	+1.3	-7.3	-3.5	-1.0	

Die Tabelle zeigt den Anteil jeder Berufsklasse an der Gesamtbeschäftigung (18- bis 65-Jährige mit einer Wochenarbeitszeit von mindestens 20 Stunden). Wir berechnen den Durchschnitt für 1991 und 1992 einerseits sowie 2018 und 2019 andererseits, um den Einfluss jährlicher Schwankungen zu verringern. Die Berechnungsbasis ist der detaillierte Berufscode (ISCO 4-Digit).

Datenquelle: SAKE 1991, 1992, 2018, 2019

In Abbildung 9 werden die einzelnen Erwerbsklassen in grössere Kategorien zusammengefasst und für stimmberechtigte Beschäftigte, d. h. für Erwerbstätige mit dem Schweizer Pass, ausgewiesen. Daraus wird ersichtlich, wie sich die erwerbstätige Wählerschaft in der Schweiz bezüglich der Klassenzugehörigkeit verändert hat. Anfangs der 1990er Jahre übertraf die Arbeiterklasse zahlenmässig die lohnabhängige Mittelklasse leicht. Doch während der Anteil der Arbeiterklasse in den folgenden drei Jahrzehnten um 6 Prozentpunkte schrumpfte, nahm jener der lohnabhängigen Mittelklasse um 10 Punkte zu. Folglich umfasst die lohnabhängige Mittelklasse heute etwa 44 Prozent der schweizerischen Erwerbstätigen gegenüber 30 Prozent der Arbeiterklasse. Der Rest besteht zu je 13 Prozent aus Bürohilfskräften sowie Selbstständigen.

Abbildung 9: Veränderung der Erwerbstätigen mit Schweizer Pass nach Berufsklassen



Zu Quelle und Daten, siehe Bemerkungen unter Tabelle 1. Manager, sozio-kulturelle und technische Experten sind zur lohnabhängigen Mittelklasse zusammengefasst. Produktionsarbeiter und persönliche Dienstleistungsangestellte zur Arbeiterklasse, Grosse Arbeitgeber, die freien Berufe und Kleinunternehmer zu Arbeitgeber und Selbstständige.

8. Mässige Lohnungleichheit, hohe Vermögensungleichheit

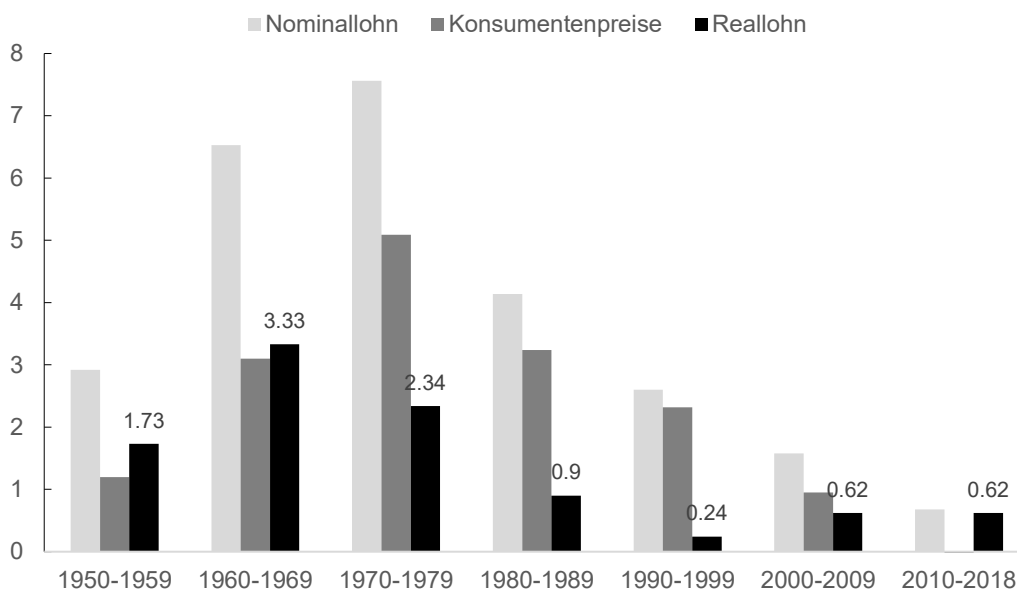
Das starke Wachstum der Wirtschaft und Beschäftigung der letzten zwanzig Jahre steht ausser Zweifel. Dennoch ist es fraglich, ob ein Grossteil der Bevölkerung in der Schweiz diese Zeitspanne als Boom-Periode erlebt hat. Der Grund liegt im schwachen Wachstum der Einkommen. Dies wird aus der Abbildung 10 deutlich, welche die Entwicklung der Nominallöhne, der Teuerung sowie der daraus resultierenden Reallöhne seit 1950 aufzeigt. Während des Wirtschaftswunders wuchsen die Reallöhne um jährlich 1.7 Prozent in den 1950er Jahren, 3.3 Prozent in den 1960er Jahren und 2.3 Prozent in den 1970er Jahren. Mit den zwei Ölpreiskrisen ging nicht nur das Aufholwachstum der Wirtschaft zu Ende, sondern auch der Lohnanstieg flachte ab. Die realen Lohnerhöhungen fielen auf jährlich 0.9 Prozent in den 1980er Jahren und 0.2 Prozent im Krisenjahrzehnt der 1990er Jahre. Erstaunlich ist, dass es auch in den zwei Jahrzehnten des Jobwunders – in den 2000er und 2010er Jahren – zu nicht mehr als jährlich 0.6 Prozent Reallohnanstieg reichte.

Wurde das Wachstum der Reallöhne in früheren Jahrzehnten durch die Teuerung gebremst, fiel dieser Faktor in jüngster Zeit weg. So lag die jährliche Erhöhung der Konsumentenpreise zwischen 1960 und 1990 im Schnitt bei über 3 Prozent. Nach 1993 fiel die Teuerung jedoch stetig und betrug im Schnitt 1 Prozent in den 2000er Jahren und 0 (!) Prozent in den 2010er Jahren – mit negativer Teuerung in vier Jahren zwischen 2012 und 2016. Dies bedeutet, dass

die Reallöhne seit Mitte der 1990er Jahre fast nicht mehr wuchsen, weil die ausgehandelten Löhne – die Nominallohne – stagnierten. Dies stellt die Volkswirtschaftslehre vor Rätsel, denn diese erwartet bei wachsender Knappheit der Arbeit ein Ansteigen der Löhne und Preise. Doch trotz einer offiziellen Arbeitslosenquote, die zwischen 2010 und 2019 von tiefen 3.5 auf noch tiefere 2.3 Prozent fiel, stagnierten in der Schweiz die Löhne und blieb jeglicher Inflationsdruck aus.

Ein möglicher Gründe für das Ausbleiben einer Lohn-Preis-Spirale ist die Personenfreizügigkeit: Dank der Möglichkeit, jederzeit Arbeitskräfte in Lyon, Mailand oder Stuttgart rekrutieren zu können, besteht auch bei tiefer Arbeitslosigkeit keine wirkliche Knappheit auf dem schweizerischen Arbeitsmarkt. Ein zweiter Grund liegt in der schwächeren Verhandlungsmacht der Gewerkschaften und einer geringeren Bedeutung von kollektiven Lohnverhandlungen. Im Lauf der 1990er Jahre wurde die Lohnfestsetzung in der Schweiz zunehmend in die Betriebe verlagert, und individuelle Lohnvereinbarungen ersetzten vielerorts die generellen Lohnverhandlungen zwischen den Sozialpartnern (Oesch 2011).

Abbildung 10: Jährliche Veränderung der Löhne und Konsumentenpreise in der Schweiz (in %)



Quelle: Bundesamt für Statistik (schweizerischer Lohnindex).

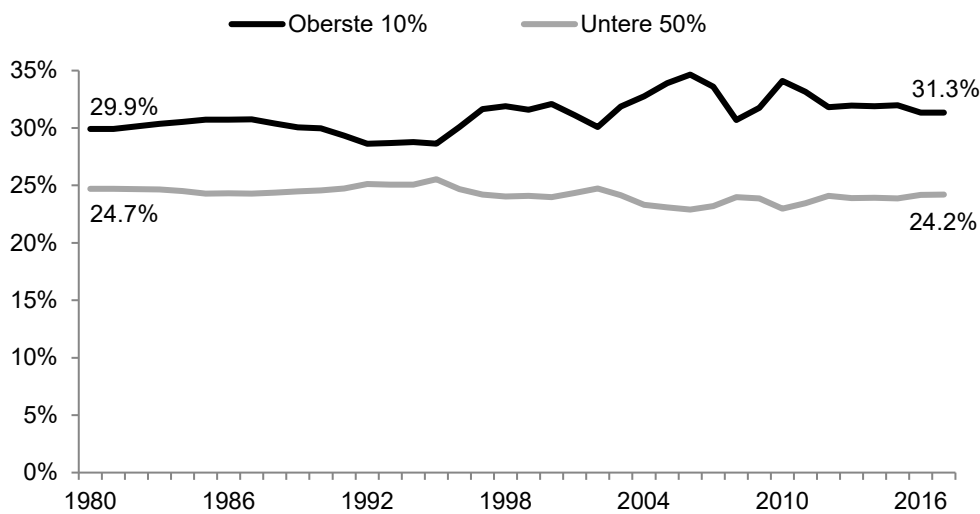
Abbildung 10 basiert auf dem Lohnindex, welcher die Lohnentwicklung für eine gegebene berufliche Tätigkeit misst und folglich Veränderungen ignoriert, die durch Wechsel in der beruflichen Tätigkeit wie Beförderungen oder dem Strukturwandel zustande kommen. Diese

zwei Aspekte werden in der Lohnstrukturerhebung des Bundes berücksichtigt und führen zu etwas stärkeren Lohnerhöhungen. In den zwanzig Jahren zwischen 1996 und 2016 sind die mittleren Löhne (p50) preisbereinigt um jährlich 0.8 Prozent gewachsen. Bei den Beschäftigten mit tiefen Löhnen (p10) und hohen Löhnen (p90) stiegen die Reallöhne mit 1 und 1.2 Prozent etwas mehr. Am stärksten war das Lohnwachstum bei den Beschäftigten im obersten Prozent (p99), deren Einkommen preisbereinigt um jährlich 2.3 Prozent zunahm (SGB 2018: 5). Diese Mittelwerte kommen dem jährlichen Pro-Kopf Wachstums des BIP von rund einem Prozent näher (siehe Abbildung 1 oben).

Auf Haushaltsebene haben sich die Arbeitseinkommen im Zeitverlauf wahrscheinlich etwas positiver entwickelt als auf der Individualebene, weil hier das höhere Erwerbsvolumen der Frauen zu Buche schlägt. Zugleich ist auf der Haushaltsebene auch die Abgabenlast gestiegen, insbesondere wegen den Krankenkassenprämien. Seit dem Inkrafttreten der obligatorischen Krankenversicherung stiegen diese zwischen 1996 und 2020 im Schnitt jährlich um 3.8 Prozent (Bundesamt für Gesundheitswesen).⁶ Die höheren Gesundheitsausgaben haben gemeinsam mit den gestiegenen Wohnkosten den Grossteil der Einkommensgewinne zwischen 2000 und 2016 wettgemacht (SGB 2018: 33).

Schliesslich stellt sich die Frage nach der Verteilung der Einkommen. Abbildung 11 zeigt den Anteil am Volkseinkommen, der auf die untere Hälfte der Bevölkerung einerseits sowie die reichsten zehn Prozent andererseits entfallen. Im Laufe der letzten vier Jahrzehnte erhielt die untere Hälfte einen konstanten Anteil von etwa 24 Prozent. Damit kommt die Schweiz 2017 auf einen ähnlichen Wert wie Frankreich, Österreich oder Schweden, während sich die untere Hälfte in Deutschland (18.5%), Italien (20.6%) und vor allem den USA (12.7%) mit einem deutlich kleineren Anteil des Volkseinkommens zufriedengeben muss. Über die gleiche Zeitspanne hinweg sicherten sich die reichsten zehn Prozent einen leicht steigenden Anteil des Volkseinkommens von 30 bis 31 Prozent. Dieser Zuwachs ging vollumfänglich aufs Konto des reichsten einen Prozents, das seinen Anteil am Volkseinkommen von 10 auf 11 Prozent erhöhen konnte (Martinez 2017; World Inequality Database).

Abbildung 11: Anteil am nationalen Gesamteinkommen (vor Steuern, Erwachsene), 1980-2017



Quelle: World Inequality Database (<https://wid.world>)

Eine Auswertung von sieben nationalen Umfragen und den Steuerdaten kommt zum Schluss, dass sich die Einkommensungleichheit in der Schweiz zwischen 1990 und 2012 wenig verändert hat. Die Einkommensungleichheit auf Haushaltsebene wurde durch die disproportionale Zunahme der sehr hohen Löhne vergrössert, zugleich aber durch die gestiegene Erwerbstätigkeit der Frauen verkleinert (Kuhn und Suter 2015). Während die Einkommensungleichheit in der Schweiz stabil blieb, stieg sie in Deutschland, Italien, Schweden oder den USA stark an. Bezüglich der Einkommensungleichheit befindet sich die Schweiz im internationalen Mittelfeld, mit Werten nahe des OECD-Durchschnitts (OECD).

Anders sieht es bezüglich der Verteilung von Vermögen aus. Seit den 1980er Jahren sind in der Schweiz nicht nur die Vermögen stark angewachsen, auch die Ungleichheit in der Vermögensverteilung hat deutlich zugenommen. Das reichste Prozent der Steuerzahlenden besass in der Schweiz Mitte der 2010er Jahre 42 Prozent der gesamten Privatvermögen gegenüber 34 Prozent anfangs der 1990er Jahre. Eine solche Vermögenskonzentration in den Händen einer kleinen Gruppe ist auch international unüblich. Die Vermögenskonzentration ist in der Schweiz nicht nur wesentlich ausgeprägter als in Grossbritannien (23%) oder Frankreich (20%), sondern auch als in den USA (39%) (Zahlen für die Mitte der 2010er Jahre, Brühlhart 2019: 9).

9. Schlussfolgerungen

Wie lassen sich die Veränderungen in der schweizerischen Wirtschafts- und Sozialstruktur seit 2000 einordnen? Unbestritten ist, dass die zwei ersten Jahrzehnte des 21. Jahrhunderts in der Schweiz vom Wachstum geprägt waren: Die Wirtschaft expandierte, die Beschäftigung stieg, die Einwanderung nahm zu und die Bevölkerung wuchs. Offensichtlich ist auch, dass die letzten zwanzig Jahre in der Schweiz, anders als in Teilen Südeuropas, nicht als Zeit der Krise in die Geschichte eingehen werden. Die Finanzkrise 2008-2009 und die Frankenaufwertung 2015 führten nur zu kurzen Einbrüchen im Wachstum von Wirtschaft und Beschäftigung.

Eine positive Einordnung der letzten zwei Jahrzehnten drängt sich mit Blick auf den Arbeitsmarkt auf. In der Schweiz wurden viele neue Stellen geschaffen und die Arbeitslosigkeit tief gehalten: Die offizielle Arbeitslosenquote übertraf in den letzten zwanzig Jahren nie 4 Prozent (SECO 2019b: 15). Zugleich wertete sich auch die Berufsstruktur auf, weil das Stellenwachstum vor allem in höher qualifizierten Bereichen stattfand.

Das Wachstum von Wirtschaft und Beschäftigung hat sich auch positiv auf die öffentlichen Finanzen ausgewirkt. Zwischen 1990 und 1999 wiesen Bund, Kantone, Gemeinden und Sozialversicherungen im Schnitt ein jährliches Defizit von 2 Prozent aus. Dies änderte sich nach der Jahrtausendwende. Zwischen 2000 und 2009 waren die öffentlichen Haushalte im Durchschnitt ausgeglichen, und zwischen 2010 und 2018 erzielten sie im Schnitt einen Überschuss von jährlich einem halben Prozent. Folglich schrumpfte die Schuldenquote der Schweiz bis zur Corona-Krise, von 45 Prozent 2000 auf 27.5 Prozent 2018 (Bundesamt für Statistik).⁷ Damit lag sie weit unter der Schuldenquote von 80 Prozent der EU (Eurostat).⁸

Dennoch handelte es sich beim Boom der 2000er Jahre vor allem um ein Wachstum in die Breite. So wuchsen in den letzten zwanzig Jahren die Löhne wesentlich schwächer als in früheren Perioden der Hochkonjunktur. Weil zugleich die Gesundheits- und Wohnkosten stiegen, ist die Bilanz bei den verfügbaren Einkommen weniger spektakulär, als dies aufgrund der guten Konjunktur erwartet werden könnte. Es ist deshalb nicht überraschend, dass für Teile der Bevölkerung die negativen Begleiterscheinungen des Booms überwogen haben. Unter dem Begriff des «Dichtestresses» summierte sich in den 2010er Jahren die Unzufriedenheit mit überfüllten Zügen und langen Staus, überbauten Grünflächen und knappem Wohnraum. Am stärksten drückte sich diese Unzufriedenheit im Jahr 2014 mit der knapp angenommenen Volksinitiative «gegen Masseneinwanderung» aus.

Unabhängig davon, wie der Wachstumsboom gewertet wird, hat sich die Bevölkerungsstruktur der Schweiz in den letzten zwei Jahrzehnten grundlegend verändert. Insbesondere drei strukturelle Änderungen sind bemerkenswert. Erstens hat sich das

Bildungsniveau in der Schweiz stark erhöht. Im Inland hat sich die Bildungsexpansion auf der Ebene der Universitäten und Fachhochschulen beschleunigt, während aus dem Ausland eine Mehrheit von Hochschulabgängerinnen und -abgänger zuwanderte. In der Folge wird die Tertiärausbildung in der Schweiz zur neuen Norm und löst die Berufslehre als höchste Ausbildung einer Mehrheit der Bevölkerung ab.

Zweitens wurde die Bevölkerung in der Schweiz diverser unter dem Einfluss einer starken Einwanderung, in der nicht mehr einzelne Herkunftsländer dominieren. Die zunehmend hochqualifizierte Einwanderung aus einer zunehmenden Zahl von Ländern setzt der Unterschichtung ein Ende und führt dazu, dass der Begriff des «Migrationshintergrundes» in der Schweiz nicht länger gleichbedeutend mit einem tiefen sozio-ökonomischen Status ist.

Schliesslich hat der wirtschaftliche Strukturwandel auch die Klassenstruktur der Schweiz verändert. Vom starken Stellenwachstum im Gesundheits- und Bildungswesen sowie den unternehmensbezogenen Dienstleistungen haben vor allem höher qualifizierte Beschäftigte profitiert. Während die lohnabhängige Mittelklasse expandierte, verlor die traditionelle Arbeiterklasse und untere Mittelklasse der Bürohilfskräfte an Boden. Die grosse Verliererin des technologischen Wandels der letzten Jahrzehnte war folglich nicht die Mittelklasse, sondern die Arbeiterklasse: Sie hat in der Schweiz wie im übrigen Westeuropa den Status der Mehrheitsklasse verloren und wird zunehmend in die Defensive gedrängt (Castel 1999).

Bibliographie

- Autor, David und Dorn, David (2013): "The growth of low-skill service jobs and the polarization of the US labor market", *American Economic Review*, 103(5), 1553-97.
- Babel, Jacques (2019): Demografische Entwicklung und Auswirkungen auf den gesamten Bildungsbereich Bericht des Bundesrats in Erfüllung des Postulats 12.3657 vom 17. August 2012. Bundesamt für Statistik, Bern.
- Baccaro, Lucio und Pontusson, Jonas (2016): Rethinking comparative political economy: the growth model perspective. *Politics & Society* 44(2), 175-207.
- Becker, Rolf und Schoch, Jürg (2018): „Soziale Selektivität.“ Empfehlungen des Schweizerischen Wissenschaftsrates, Bern.
- Busemeyer, Marius und Trampusch, Christina (2012): *The Political Economy of Collective Skill Formation*. Oxford: Oxford University Press.
- Brühlhart, Marius (2019): Erbschaften in der Schweiz: Entwicklung seit 1911 und Bedeutung für die Steuern. *Social Change in Switzerland*, N°20.
- Bundesrat (2018): Rohstoffsektor Schweiz: Standortbestimmung und Perspektiven. Bericht des Bundesrates, 30. 11. 2018., Bern.
- Castel, Robert (1999): Pourquoi la classe ouvrière a-t-elle perdu la partie? *Actuel Marx*, 26, 15-24.
- Combet, Benita und Oesch, Daniel (2020): The social origin gap in university completion among youth with comparable school abilities in Switzerland. *TREE Working Paper Series*.
- Esping-Andersen, Gøsta (2009): *The Incomplete Revolution: Adapting Welfare States to Women's New Roles*. Princeton: Polity Press.
- Flückiger, Yves (1998): The labour market in Switzerland: the end of a special case?. *International Journal of Manpower* 19 (6), 369-395.
- Fux, Beat (2007): Population projections revisited: Eine wissenssoziologische Analyse schweizerischer Bevölkerungsprognosen oder weshalb die Demographie der Bevölkerungswissenschaft bedarf. *Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft*, 32, 3-4.
- Giudici, Francesco und Schumacher, Reto (2017): Erwerbstätigkeit von Müttern in der Schweiz: Entwicklung und individuelle Faktoren. *Social Change in Switzerland*, N° 10.
- Goos, Maarten and Manning, Alan (2007): Lousy and Lovely Jobs: The Rising Polarization of Work in Britain. *Review of Economics and Statistics*, 89(1), 118-133.
- Hoffmann-Nowotny, Hans-Joachim (1973): *Soziologie des Fremdarbeiterproblems: eine theoretische und empirische Analyse am Beispiel der Schweiz*. Stuttgart: Enke.
- Inklaar, Robert, de Jong, Harmen, Bolt, Jutta und van Zanden, Jan (2018), "Rebasing 'Maddison': new income comparisons and the shape of long-run economic development", *Maddison Project Working paper* 10, University of Groningen.
- Korber, Maïlys und Oesch, Daniel (2019): Vocational versus general education: Employment and earnings over the life course in Switzerland. *Advances in Life Course Research*, 40, 1-13.
- Kriesi, Irene und Leemann, Regula (2020): Tertiarisierungsdruck. Herausforderungen für das Bildungssystem, den Arbeitsmarkt und das Individuum. Herausgegeben von der

- Schweizerischen Akademie der Geistes- und Sozialwissenschaften (Swiss Academies Communications 15,6).
- Kuhn, Ursina und Suter, Christian (2015): Die Entwicklung der Einkommensungleichheit in der Schweiz. *Social Change in Switzerland*, N°2.
- Lampart, Daniel (2006): *Handlungsspielräume und-restriktionen der Schweizer Konjunkturpolitik in der langen Stagnation der 1990er Jahre: eine modellbasierte Evaluation*. Doktorarbeit, Universität Zürich.
- Martinez, Isabel (2017): Die Top Einkommen in der Schweiz seit 1980: Verteilung und Mobilität. *Social Change in Switzerland*, N° 11.
- Meyer, Thomas (2018): Von der Schule ins Erwachsenenleben: Ausbildungs- und Erwerbsverläufe in der Schweiz. *Social Change in Switzerland*, N° 13.
- Oesch, Daniel (2011): Swiss trade unions and industrial relations after 1990: a history of decline and renewal, in: Trampusch, C. and Mach, A. (eds.), *Switzerland in Europe. Continuity and Change in the Swiss Political Economy*, 82-102, London: Routledge.
- Oesch, Daniel (2013): *Occupational Change in Europe. How Technology and Education transform the Job Structure*, Oxford: Oxford University Press.
- Oesch, Daniel und Murphy, Emily (2017): Keine Erosion, sondern Wachstum der Mittelklasse. Der Wandel der Schweizer Berufsstruktur seit 1970. *Social Change in Switzerland*, N° 12.
- Oesch, Daniel und Piccitto, Giorgio (2019): “The polarization myth: Occupational Upgrading in Germany, Spain, Sweden and the UK, 1992-2015”, *Work and Occupations*, 46(4), 441–469
- Pfeffer, Fabian (2008): Persistent inequality in educational attainment and its institutional context. *European Sociological Review*, 24(5), 543-565.
- SBFI (2017): Berufsbildung in der Schweiz. Fakten und Zahlen 2017. Bern.
- SGB (2018): Verteilungsbericht 2018. Die Verteilung der Löhne, Einkommen und Vermögen sowie die Belastung durch Steuern und Abgaben in der Schweiz. SGB-Dossier 130, Bern.
- SECO (2016): Fachkräftemangel in der Schweiz, Indikatorensystem zur Beurteilung der Fachkräftenachfrage, Bern.
- SECO (2019a): Entwicklung der Arbeitsproduktivität 2008-2018». Grundlagen für die Wirtschaftspolitik Nr. 5. Staatssekretariat für Wirtschaft SECO, Bern.
- SECO (2019b): 15. Bericht des Observatoriums zum Freizügigkeitsabkommen Schweiz – EU. Auswirkungen der Personenfreizügigkeit auf den Schweizer Arbeitsmarkt. Bern.
- Siegenthaler, Michael (2017): Vom Nachkriegsboom zum Jobwunder – der starke Rückgang der Arbeitszeit in der Schweiz seit 1950. *Social Change in Switzerland*, N° 9.
- Siegenthaler, Michael und Sturm, Jan Egbert (2012): Das Personenfreizügigkeitsabkommen Schweiz-EU/EFTA und das Wachstum des BIP pro Kopf in der Schweiz: Bericht zuhanden des Bundesamtes für Migration (BFM): *KOF Studies* 36.
- Wanner, Philippe und Steiner, Ilka (2018): Ein spektakulärer Anstieg der hochqualifizierten Zuwanderung in die Schweiz. *Social Change in Switzerland* 16.

Anmerkungen

¹ Frühere Versionen dieses Kapitels wurden von Jacques Babel, Silja Häusermann, Daniel Lampart und Andreas Rieger gegengelesen. Wir sind dankbar für Ihre hilfreichen Kommentare.

² www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken.html

³ <https://stats.oecd.org/>

⁴ Rund ein Drittel dieser Überschüsse sind auf den Transithandel zurückzuführen und erklären sich mit der seit 2000 stark wachsenden Bedeutung der Schweiz (vor allem Genf und Zug) als einer der weltweit grössten Handelsplätze für Rohstoffe (Bundesrat 2018).

⁵ Was zwischen 2000 und 2018 in der Schweiz der Fall war: Die Arbeitszeit pro Kopf blieb mehr oder weniger konstant (siehe SECO 2019a).

⁶ Weil die Prämienhöhung vorgängig durch eine Ausweitung der konsumierten medizinischen Leistungen (Mengenausweitung) und nicht durch eine Erhöhung der Preise verursacht wurde, hatten die erhöhten Krankenkassenprämien nur einen geringen Einfluss auf die Teuerung.

⁷ Die Schuldenquote misst die öffentlichen Schulden (Schulden von Bund, Kantonen, Gemeinden und Sozialversicherungen) im Verhältnis zum nationalen Bruttoinlandprodukt.

⁸ Bemerkenswert ist, dass die öffentlichen Haushalte seit 2000 ein Eigenkapital von 100 Milliarden Franken aufgebaut haben (Zahl für 2018, Eidg. Finanzverwaltung). Folglich hat die Schweiz in der Nettobetrachtung keine Staatsschulden.